

»Ein Leben in Würde für Alle«

Über die Kampagne des »Transformative Social Protection Network« innerhalb der ASEAN

Als sich im Jahr 2008 der ökonomische Zusammenbruch abzuzeichnen begann, fand ein aseanweites Treffen von Graswurzelorganisationen und städtischen Armenbewegungen statt. Auf diesem Treffen wurde diskutiert, wie man den ineinandergreifenden Problemen der Finanzkrise, des Klimawandels, der Nahrungsmittelknappheit und ihren Auswirkungen auf das Leben der armen Bevölkerung innerhalb der ASEAN begegnen könne.

Tina Ebro

Nach diesem Initialtreffen fand eine Regionalkonferenz der größten zivilgesellschaftlichen Netzwerke aus der ASEAN-Region in Manila statt. Es bestand die Sorge, dass diese – als Resultat einer neoliberalen Globalisierung verstandenen – vielschichtigen Krisen die bestehende Armut, Ungleichheit und Unsicherheit in der Region noch verschärfen würden.

Eine strategische und transformative Agenda

Die Konferenz entwickelte sich zu einem Prozess der erneuten Auseinandersetzung mit den oben genannten Herausforderungen, mit dem Ergebnis, dass man sich entschloss eine Kampagne zur öffentlichen Bewusstseinsbildung und Mobilisierung ins Leben zu rufen. Auf der Agenda stand eine soziale Sicherung, die sowohl strategisch als auch transformativ angelegt sein sollte.

Am Ende der Konferenz wurde das »Netzwerk für transformative soziale Sicherung« (*Transformative Social Protection Network*) ins Leben gerufen, welches sich für die »Wiedererlangung menschlicher Würde« einsetzen soll.

Im Zentrum der Kampagne steht die Forderung nach einem Leben in Würde für Alle, durch die Verwirklichung der universalen Rechte auf Leben, Nahrung, Bildung und Arbeit inklusive eines ausgewogenen ökologischen Systems und anderer grundsätzlicher Bedingungen zu einem Leben in sozialer Sicherheit.

Das Adjektiv »transformativ« soll hervorheben, dass die Kampagne des Netzwerkes sich mit den strukturellen Ursachen von Armut befasst und die redistributiven Elemente von sozialer Sicherung beleuchtet werden.

Die Agenda des aseanweiten Netzwerkes geht über einen zielorientierten Ressourcentransfer hinaus und setzt sich für aktivistische, bürgernahen Staaten ein, die sich für nationale soziale Sicherungssysteme einsetzen. Eine universelle soziale Sicherung kann die Machtunterschiede innerhalb der Gesellschaft beseitigen und ein politisches Umfeld schaffen, das einem die arme Bevölkerung einbeziehenden Wachstum förderlich ist.

Soziale Sicherung aus Sicht der Weltbank

Dieses Konzept steht in Kontrast zu dem Rahmen in dem die Weltbank soziale Sicherung buchstabiert. Hier wird angenommen, dass die Märkte, bspw. Mikrokredite und Mikroversicherungen die besten Lösungen für die Verletzlichkeiten und Risiken der armen Bevölkerung bereithalten. Die Rolle des Staates beschränkt sich darauf, regulative Mechanismen für finanzielle Märkte und Institutionen und Hilfsprogramme für Krisenzeiten bereitzustellen.

Zwar will die Weltbank die negativen Auswirkungen von Armut angehen, zieht dabei jedoch kaum die strukturellen Ursachen von Armut in Betracht und stellt nicht die Rolle von Wirtschafts- und Firmeneinflüssen und verfehlten Staatsstrategien in Frage, die erst zu einer unsicheren Arbeitsmarktsituation und entwürdigten Arbeitsverhältnissen geführt haben.

Die Weltbankstrategie zur Armutsbekämpfung greift dabei Hand in Hand mit der neoliberalen Poli-

Die Autorin arbeitet beim *Institute for Popular Democracy (IPD)* und ist Asien-Koordinatorin des *Asia-European People's Forum (AEPF)*.

tikausrichtung der Philippinen und der anderen ASEAN-Staaten.

Bewegung für ein Leben in Würde

In den Philippinen war es die *Alliance of Poor People's Movements*, eine breite, sektorenübergreifende Allianz von armen und marginalisierten Gemeinschaften und Organisationen, die Konsultationen über »transformative soziale Sicherung« mit Arbeiter/innen, Bauern- und Frauengruppen sowie politischen Zusammenschlüssen und NGOs initiiert hat. Dieser Austausch mündete schließlich in der Gründung vom KAMP, einer Bewegung mit dem Namen *Kampanya para sa Makataong Pamumuhay*, was übersetzt »Bewegung für ein Leben in Würde« bedeutet.

Die Kampagne ist nicht nur mit dem Thema von Bürgeransprüchen beschäftigt sondern mit der allumfassenden Frage nach einem alternativen sozio-ökonomischen System, das auf Prinzipien von Gerechtigkeit, Gleichheit und Nachhaltigkeit fußt.

Die Kampagne begreift dabei kollektive Partizipation und Aktion als die Grundpfeiler zur Stärkung von Graswurzelbewegungen, hin zur ihrer Ermächtigung zu erfolgreichen Agenten des Wandels.

Dabei soll eine öffentliche Bewusstseinskampagne alle Bürger/innen informieren und mobilisieren, im Besonderen sollen die armen Bevölkerungsschichten über ihre Rechte aufgeklärt werden. Viele sind sich dort ihrer Rechte nicht bewusst, die von internationalen Menschenrechtsinstrumenten garantiert werden. Stattdessen suchen sie bei Politikern soziale Sicherheit, was dann zum Druckmittel für Wählerstimmen wird und Patronagepolitik verstärkt. Eine Institutionalisierung von Mechanismen für einen universellen Zugang zu Basisdienstleistungen könnte soziale Programme von traditioneller Politik abkoppeln.

Realisierung von universellen Grundrechten

Eine weltumfassende Soziale Sicherung sollte das Hauptziel der Kampagne sein. Nichtsdestotrotz gibt es viele Formen sozialer Verletzlichkeit auf lokaler Ebene, beispielsweise innerhalb einer Gemeinde oder einer Firma. Die Kampagne begreift daher die aktive Partizipation der armen Bevölkerung auf der lokalen Ebene als ermächtigende Erfahrung. Auf dem Weg werden Möglichkeiten zur Ausübung kollektiver Kraft erkannt und kleine Siege errungen. Diese Erfahrungen helfen dabei, das Gefühl der Machtlosigkeit abzubauen und Selbstbewusstsein aufzubauen. All diese Anstrengungen zur Ermächtigung (*empowerment*) müssen jedoch immer wieder in den größeren Kampf um Universalismus und Systemwandel eingebunden werden.

Herausforderungen und Aussichten

Die Kampagne ist sich bewusst, dass die Herausforderungen gewaltig sind. Jedoch haben maßgebliche Überzeugungsarbeit und zu verzeichnende Erfolge hin zu einer universalistischen sozialen Sicherung in einigen sich entwickelnden Ländern Anlass zur Hoffnung gegeben.

Positive Beispiele sind Länder wie Venezuela, Brasilien und Mexiko, in denen ein bedingungsloses Grundeinkommen (*unconditional citizens income*) eingeführt worden ist.

Ebenso wurde ein indischer Wissenschaftler eingeladen, um Einblicke in die soziale Bewegung in Indien und die dortige Kampagne für das Recht auf Arbeit und Nahrung und den *National Rural Employment Guarantee Act* zu geben.

Die Vielschichtigkeit und globale Natur der gegenwärtigen Krise fordert unmittelbare und koordinierte Maßnahmen auf regionalem und internationalem Level. Es wurde beispielsweise vorgeschlagen, dass für die ASEAN ein Fond für soziale Sicherung eingerichtet werden könnte, der durch eine Handelssteuer auf internationale Finanztransaktionen, ähnlich der Tobinsteuer, finanziert wird. Militärische Ausgaben könnten ebenso zugunsten dieses Fonds für Soziale Sicherung reduziert werden.

Der Einbezug der Zivilgesellschaft bei solchen Plänen ist unerlässlich. Das Projekt zur Errichtung einer alternativen Zukunft verlangt nach einer aufmerksamen Bürgerschaft, die sich in aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen ausdrückt.

Abschließen möchte ich mit dem Appell von Evo Morales nach einen Leben in Würde für Alle durch eine alternative Weltordnung: Für uns hat sich das Model eines »besseren Lebens« durch uneingeschränkte Entwicklung, Industrialisierung ohne Grenzen und einer Modernität, die die Geschichte missbilligt, einer wachsenden Anhäufung von Gütern auf Kosten Anderer und der Umwelt als Fehlschlag erwiesen.

Daher setzen wir uns für die Idee einer »Guten Lebensweise« in Harmonie mit anderen Menschen und Mutter Natur ein.

Mehr Informationen über die Kampagne gibt es unter:

www.ipd.org.ph und http://article.wn.com/view/2010/06/21/100_NGOs_ask_Noynoy_Adopt_propoor_agenda/

Übersetzung: Maïke Grabowski